

Absender:

An den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier
Schloß Bellevue
Spreeweg 1
10557 Berlin
Deutschland

, den

Betreff:

Widerspruch gegen die Anordnung und Entscheidung, Waffenlieferungen, Munitionslieferungen und Lieferungen von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen militärischer Art an kriegsführende und sich in kriegs- bzw. kriegsähnlich befindlichen Nationen, Staaten oder Kriegsparteien zu liefern.

Hier:

Inanspruchnahme des Widerstandsrechts nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes - Kündigung aus wichtigem Grund und Widerstandserklärung.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Waffenlieferung an Ukraine

mit Entsetzen mußte ich feststellen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland (in Folge BRD/BUND genannt) sich in kriegerische bzw. militärische Auseinandersetzungen auf europäischen Boden einmischt.

Wie aus den Medien bereits zu entnehmen war und ist, hat die BRD/BUND bereits Waffenlieferungen an die Ukraine verfügt bzw. auch ausgegeben, wobei die BRD/BUND gerade in diesen Tagen durch die-selben Medien hat verlauten lassen, daß weitere Waffenlieferungen anstehen.

Es besteht meinerseits die berechtigte Übereugung, daß wir, die hier auf deutschem Boden lebenden Menschen in eine militärische bzw. kriegerische Auseinandersetzung mit nicht vorhersehbaren Folgen und nicht abschätzbaren Konsequenzen für die deutschen Völker hineingezogen werden sollen. Als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches ist die BRD an die Vereinbarungen zur bedingungslosen Kapitulation des "Dritten Reiches" gegenüber den Siegermächten von 1945 gebunden.

In Verbindung mit der Feindstaatenklausel der Charta der Vereinten Nationen kann die Russische Föderation jederzeit die Kriegshandlungen gegen das Dritte Reich / Rechtsnachfolger Bundesrepublik Deutschland auch ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates rechtmäßig wiederaufnehmen. Das Recht der Vereinten Nationen "UN" ist gegenüber dem Recht der NATO höherrangig, höherrangiges Recht bricht niederrangiges Recht Die russische Föderation ist Rechteinhaber der Rechte der Sowjetunion betreffend die sowjetische Besatzungszone und den sowjetischen Sektor von Berlin.

Insoweit hat die Bundesregierung durch Waffenlieferungen an einen Kriegsgegner einer Siegermacht des zweiten Weltkrieges illegalerweise die Bevölkerung in Deutschland in unmittelbare Kriegsgefahr gebracht.

Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Die Bundesregierung betreibt eine Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Verweigerung der Grundrechte unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes mit

- Verweigerung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs 2 GG)
- Verweigerung des Rechts auf Bewegungsfreiheit und Reisefreiheit (Art. 11 GG)
- Verweigerung des Rechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
- Verweigerung des Rechts auf freie Berufsausübung (Art. 12 GG)
- Maulkorbpflicht als politisches Unterdrückungssymbol
- Diskriminierung von "Ungeimpften" flächendeckend im gesamten sozialen Leben
- Gleichschaltung der Medien mit Unterdrückung Andersdenkender zum Thema Gesundheitsschutz

Das gesamte Justiz-System der "BRD" ist Teil der Exekutive, somit Aufhebung des Prinzips der Gewaltenteilung

- Die Richter im "BRD"-System sind von den jeweiligen Justizministern, also von Parteisoldaten, direkt abhängig.
- Nach §§146/147 Gerichtsverfassungsgesetz sind die Staatsanwaltschaften im "BRD"-System den Justizministern, das heißt den Parteisoldaten gegenüber weisungsgebunden. Ob ein Strafverfahren in Gang gesetzt oder eingestellt wird, entscheiden somit höhere Parteisoldaten und damit letztlich die Parteivorsitzenden.

Auch die rotberobten Justizhalunken in Karlsruhe sind nur Parteisoldaten und erweisen sich als willfährige Schergen der faschistischen Geschäftsführung der "BRD", sei es

- beim Durchwinken von Wegschleißmaßnahmen unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes,
- beim Durchwinken von milliardenschweren Schenkungen an die angloamerikanische Hochfinanz Stichwort: "ESM",
- beim Durchwinken der Propaganda-Zwangsabgabe oder
- bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Zuge der "Plandemie" mit Durchsetzung von Denk-, Rede- und Demonstrationsverboten.
- Ende Juni 2021 hatte Merkel jene "Verfassungsrichter", die über sie im Juli 2021 bezüglich Äußerungen zur Thüringen-Wahl urteilen sollten, zum Abendessen ins Kanzleramt eingeladen und mit ihnen ihre diesbezüglichen Wünsche besprochen.

wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands

Es besteht offensichtlich eine Verelendung weiter Teile der Bevölkerung durch

- willkürliche Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke als sicherste Atomkraftwerke der Welt mit Einkauf von Atomstrom und Kohlestrom aus dem Ausland mit Abließen der Kaufkraft und entsprechender Verarmung weiter Teile der Bevölkerung.
- Zerstörung der Energie und Nahrungsmittelversorgung der Menschen in Deutschland durch rechtswidrige Außerkraftsetzung der Lieferverträge mit Firmen der Russischen Föderation.
- Es wird von der Bundesregierung eine Verschleuderung des Volksvermögens durch gigantische Ausgaben für einen inneren und äußeren Unterdrückungsapparat / Bundeswehr / Geheimdienste organisiert.

Aus der Geschichte heraus wissen wir nur zu gut, wie sich solche Kriegereignisse sowohl seit dem 01.08.1914 als auch seit dem 01.09.1939 letztlich für uns Menschen ausgewirkt haben. Wir haben seither zur Kenntnis nehmen und erfahren müssen, daß die sich aus beiden Kriegen ergebenden Folgen bis dato de facto und de jure anhalten und wir, die deutschen Völker, darunter bis dato zu leiden haben.

Selbst die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Christine Lambrecht, hat gegenüber den Medien (ARD) solche Lieferungen nicht nur angekündigt, sondern auch den Willen öffentlich bekundet, daß diese Waffen unbedingt von den Russen unentdeckt unbedingt in die Ukraine gelangen müssen.

Aus diesen Gründen und aus Gewissensgründen zum anderen muß ich meine Rechtsbeziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND) offiziell aufkündigen, zumal diese Waffenlieferungen in Kriegsgebiete entgegen sämtlich eigener Rechtsvorschriften sowohl hinsichtlich des gültigen als auch des geltenden Rechts zum einen und gegen internationales Recht zum anderen verstößt.

Ergänzend bedeutet ein solch rechtswidriges Vorgehen der BRD/BUND, daß sie hiermit de facto Öl ins Feuer eines Kriegsgebietes gießt und von daher bewußt und offenen Auges Deutschland in einen Krieg, ohne jegliche Rechtfertigung dafür vorweisen zu können, hineinzieht, dem die hier lebenden Menschen niemals ihre Zustimmung geben werden.

Daher mache ich hiermit von meinem Widerstandsrecht nach dem Artikel 20, Absatz 4 Grundgesetz Gebrauch.

Ich kündige infolgedessen jeglichen Unterwerfungsanspruch und jegliche verpflichtende Rechtsbeziehungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND) mit der Maßgabe, daß hier eine Regierung zuzüglich eines Parlamentes und einer zweiter Kammer existieren, die entgegen dem Grundgesetz und den internationalen Rechtsvorschriften Kriegstreiberei betreiben.

Infolgedessen werden keinerlei Zahlungen oder sonstige finanziellen Leistungen (alle Arten der Steuern und sonstige Abgaben betreffend) für diese von mir ausgemachten Kriegstreibereien in welcher Art und Form auch immer mehr geleistet und in dieses System eingebracht. Sämtliche Ansprüche, die noch von der BRD/BUND gegenüber den Unterzeichner erfolgen, werden über den Bundespräsidenten geklärt.

Mit freundlichen Grüßen